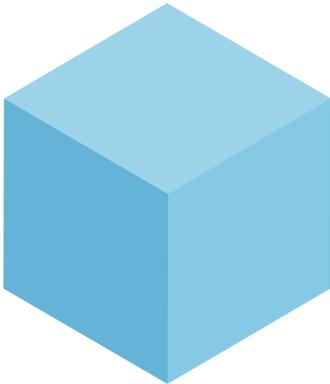


108

Demokratie und Governance



Medien als öffentliche Aufgabe

Im Gegensatz zum Rundfunk sind Medien im Print- oder Online-Bereich nicht verfassungsrechtlich verankert, sieht man von der Pressefreiheit als individuelle Bürger:innenfreiheit ab (Staatsgrundgesetz Art. 13). Die Bundesverfassung beschreibt Legislative, Exekutive und Judikative als die zentralen drei Gewalten; Medien als weitere Gewalt und Voraussetzung für ein lebendiges, pluralistisches und verlässlich funktionierendes demokratisches System bleiben unberücksichtigt.

Wohl auch aufgrund dieses fehlenden Rückhalts wurde der autonome Handlungsspielraum vieler Medien durch die fortschreitende Digitalisierung und den damit zusammenhängenden Verlust an eigenständigen Vertriebs- und Einnahmemöglichkeiten drastisch eingeengt, verstärkt durch die zunehmende Dominanz (scheinbar) kostenfrei zugänglicher globaler Online-Anbieter wie z.B. Google, Facebook oder Instagram. Diese agieren abseits demokratisch getroffener Regelungen und nationaler Souveränität, oft zum Schaden sozialer Kohäsion und gängigem Demokratieverständnis, und sind weitgehend der rechtsstaatlichen Kontrolle entzogen. Laut aktuellem Digital News Report äußert bereits über ein Drittel der befragten Österreicher:innen Bedenken in Sachen Unterscheidbarkeit zwischen Fakten und Falschmeldungen in Online-Medien.¹ Durch die aktuellen Entwicklungen im Bereich künstliche Intelligenz werden diese Problematiken und auch der wirtschaftliche Druck auf Qualitätsjournalismus wohl noch drastisch zunehmen.

Notwendig ist also zunächst eine verfassungsrechtliche Einordnung der Medien als unverzichtbare öffentliche Aufgabe für eine demokratisch verfasste Gesellschaft. Daraus ergibt sich die Sicherstellung von Unabhängigkeit und Förderung journalistischer Qualität, vor allem durch eine ausreichende und an transparente Qualitätskriterien (vgl. Baustein 8.02) gekoppelte staatliche Grundfinanzierung und einer damit verbundenen Entkoppelung von rein wirtschaftlicher Logik.

Die Grundfinanzierung muss wesentliche Teile des Betriebs abdecken können und könnte mit einem Gratiskontingent für die Informationsweitergabe durch staatliche Stellen einhergehen. Für jede andere Finanzierung aus staatlichen Mitteln (z.B. Inserate) sind im Gegenzug ebenfalls transparente Regelungen zu verankern, gekoppelt mit Offenlegungspflichten und gesetzlicher Deckelung.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(Universität für angewandte Kunst) &
Helga Kromp-Kolb (Universität für
Bodenkultur Wien)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Optionen [16_17](#), [16_18](#)
(v.a.Hintergrundanalyse)
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Erarbeitung von verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Medien/Journalismus als zusätzliche Gewalt und entsprechende Anpassung der einfachgesetzlichen Regelungen.
- Entsprechende Einflussnahme auf die laufenden Verhandlungen über einen ‚European Media Freedom Act‘ als ‚Common Framework for Media Services in the International Market‘ – vor allem auch mit Blick auf Regulierungsmöglichkeiten international tätiger Akteur:innen außerhalb einzelstaatlicher Einflussmöglichkeiten.
- Neukonzeption und Einrichtung einer von der jeweils aktuellen Bundesregierung unabhängigen (nicht unter Aufsicht der Exekutive / der:des Bundeskanzler:in) stehenden Medienbehörde.
- Entsprechende Budgetierung auf Bundes- und Länderebene, im Gegenzug Reduzierung bzw. Streichung der Budgets für Inserate – eventuell mit einer Einschleifregelung von 2-3 Jahren.

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog

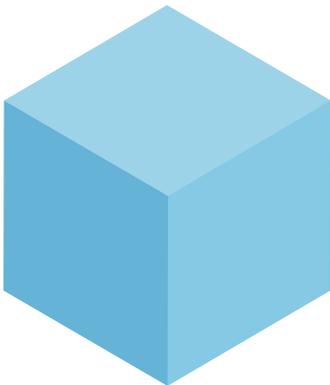


Weiterführende Literatur:

- Europäische Kommission. (2023). 2023 Rule of Law Report. Country Chapter on the rule of law situation in Austria. Retrieved from https://commission.europa.eu/publications/2023-rule-law-report-communication-and-country-chapters_en
- Europäische Kommission. (2022). Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU. Retrieved from <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/21/european-media-freedom-act-council-secures-mandate-for-negotiations/>
- Fidler, H. (2023). So funktioniert Österreichs Medienwelt. Mechanismen, Machtspiele und die Zukunft der Medien. Falter Verlag.
- Gadringer, S., Sparviero, S., Trappel, J., & Reichenberger, P. (2023). Digital News Report Austria 2023. Detaillierergebnisse für Österreich. Retrieved from <https://digitalnewsreport.at/>
- Grünangerl, M., Trappel, J., & Toaz, T. (2021). Austria. Confirmed democratic performance while slowly digitalising. In Trappel, J., & Tomaz, T. (eds.) (2021). The Media for Democracy Monitor 2021: How Leading News Media Survive Digital Transformation (Volume 1). Nordicom. 95-151.
- Haas, H. (2012). Evaluierung der Presseförderung in Österreich. Status, Bewertung, internationaler Vergleich und Innovationspotenziale (Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes). Universität Wien.
- Seethaler, J., Beaufort, M., & Schulz-Tomančok, A. (2023). Monitoring media pluralism in the digital era: application of the media pluralism monitor in the European Union, Albania, Montenegro, the Republic of North Macedonia, Serbia and Turkey in the year 2022. Country report: Austria. Retrieved from <https://cadmus.eui.eu/handle/1814/75714>

8.02

Demokratie und Governance



Förderung von Qualitätsmedien

Anknüpfend an den Baustein 8.01, erhalten Medien eine staatliche Grundförderung in einer Höhe, die sie weitgehend von Marktmechanismen freistellt, und ihnen einen Betrieb in entsprechender journalistischer Qualität ermöglicht.

Voraussetzung dafür ist die Erfüllung von einfachgesetzlich geregelten Qualitätskriterien. Für diese Qualitätskriterien hat die gemäß Baustein 8.01 neu eingesetzte, unabhängige Medienbehörde gemeinsam mit dem Presserat ein Vorschlagsrecht.

Beispiele für solche Qualitätskriterien sind vertiefende Berichterstattung sowie eigene (internationale) Recherche, die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Diversität in den Redaktionen, laufende Weiterbildung für Redaktionsmitarbeiter:innen, Nachhaltigkeitskompetenz, Vermeidung von “false balancing”, Balance zwischen „bad news“ und „good news“, adäquate Einbeziehung von Publikumsstimmen in die Gestaltung der Blattlinie, Mitwirkung an bundesweiten Selbstregulierungsmechanismen wie dem Presserat, Unterzeichnung des Ehrenkodex der Presse, u. a. m.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(*Universität für angewandte Kunst*) &
Helga Kromp-Kolb (*Universität für
Bodenkultur Wien*)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Optionen [05_03](#), [16_17](#),
[16_18](#) (v.a.Hintergrundanalyse)
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund, evtl. Länder betreffend Medien
mit regionalen Reichweiten

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

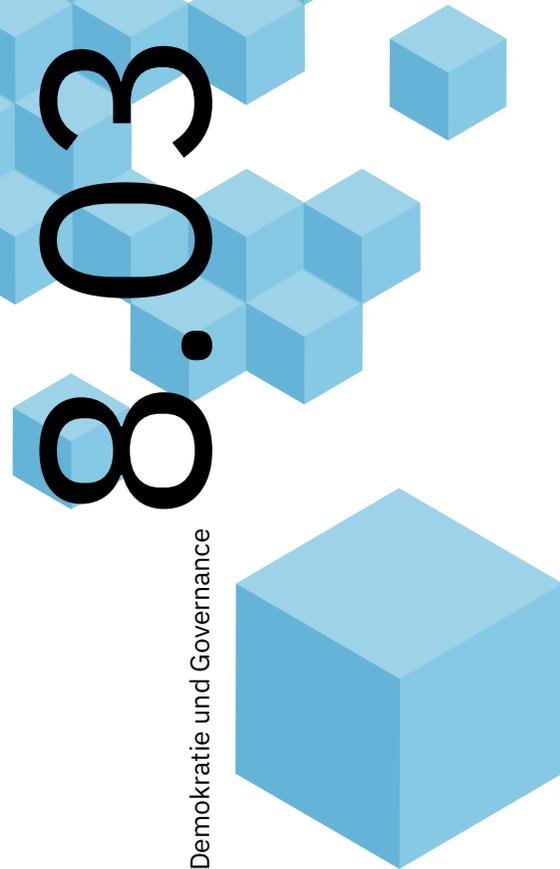
- Entwickeln der konkreten Qualitätskriterien, bei maximaler Transparenz in der Erarbeitung, z. B. durch öffentlich zugängliche parlamentarische Enqueten, Bürger:innenbeteiligung analog zum erfolgreich angewendeten Modell des Klimarats oder die Einbeziehung von Hochschulen und deren medienwissenschaftlichen Instituten.
- Testen der Kriterien an den Beiträgen verschiedener Medien eines hinreichend langen, vergangenen Zeitraumes.
- Attraktivierung der Zusammenarbeit mit Medien für Universitäten und Fachhochschulen, z. B. durch entsprechende Honorierung in Leistungsvereinbarungen.
- Festlegen der konkreten finanziellen Parameter für die staatliche Grundförderung.

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



Weiterführende Literatur:

- Eisenegger, M., & Udris, L. (2021). Medienqualität in der digitalen Ära. Konzeptuelle Herausforderungen und erste Antworten. In: Magin, M., Rußmann, U., & Stark, B. (eds.), *Demokratie braucht Medien*. Springer.
- Haas, H. (2012). *Evaluierung der Presseförderung in Österreich. Status, Bewertung, internationaler Vergleich und Innovationspotenziale* (Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes). Universität Wien.
- Kaltenbrunner, A., Lugschitz, R., & Gerard-Wenzel, C. (2018). *Qualitätsbestimmung im Journalismus. Analyse des internationalen Forschungsstandes und neuer Ansätze in der digitalen Ära* (Studie im Auftrag von Bundeskanzleramt/Bundespressdienst). Medienhaus Wien. Retrieved from https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:e23e3094-1082-406c-9b6d-bf1c0d968430/Qualitätsbestimmung_im_Journalismus.pdf
- Seethaler, J. (2015). *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien. Eine crossmediale Untersuchung* (Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Vol. 1). Retrieved from <https://www.rtr.at/medien/aktuelles/publikationen/Publikationen/SchriftenreiheNr12015.de.html>



Förderung von Nachhaltigkeitskompetenz in Medien durch Forschungs Kooperationen

Zur Steigerung der Kompetenz in allen Dimensionen der Nachhaltigkeit von Journalist:innen und Medien allgemein werden Kooperationen zwischen Medien und Forschungseinrichtungen sowie entsprechende Netzwerkbildung gefördert. In Kooperation zwischen BMBWF, FWF, FFG, Klima- und Energiefonds und anderen Forschungsförderungseinrichtungen, unter Einbeziehung des Presserats und der neu einzurichtenden unabhängigen Medienbehörde (vgl. Baustein 8.01), werden entsprechende Programme aufgelegt und dotiert.

Die Beteiligung an einem solchen Programm wird jedenfalls im Sinne der Kriterien für Qualitätsmedien (vgl. Baustein 8.02) berücksichtigt.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(*Universität für angewandte Kunst*) &
Helga Kromp-Kolb (*Universität für
Bodenkultur Wien*)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Option **16_15**
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund, evtl. Länder betreffend Medien
mit regionalen Reichweiten

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Analyse der finanziellen Erfordernisse und Budgetierung entsprechender Förderprogramme
- Attraktivierung von Medienkooperationen für Forschungseinrichtungen durch Berücksichtigung in den Leistungsvereinbarungen
- Erarbeitung einer geeigneten Bewertung derartiger Aktivitäten zur Berücksichtigung in den Kriterien für Qualitätsmedien (vgl. Baustein 8.02)
- Aufsetzen neuer oder Erweitern bestehender Förderprogrammen durch geeignete Fördereinrichtungen

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog

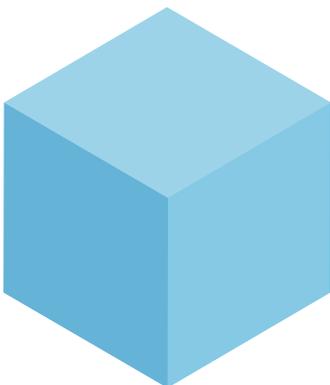


Weiterführende Literatur:

- Blöbaum, B. (2017). Wissenschaftsjournalismus. In H. Bonfadelli, B. Fähnrich, C. Lüthje, J. Milde, M. Rhomberg & M.S. Schäfer (Hrsg.), *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*. Springer.
- Brüggemann, M., Lörcher, I., & Walter, S. (2020). Post-normal science communication: exploring the blurring boundaries of science and journalism. *Journal of Science Communication*, 19(03).
- Netzwerk Klimajournalismus. (2022). *Charta des Netzwerk Klimajournalismus Österreich*. Retrieved from <https://www.klimajournalismus.at/klimacharta/>
- Walter, S., Görlach, J., & Brüggemann, M. (2020). Climate Feedback: Wissenschaft kommentiert Journalismus und entwickelt Mehrsystemkompetenz. *Publizistik*, 65(4), 567–589. <https://doi.org/10.1007/s11616-020-00602-7>

8.04

Demokratie und Governance



Wirkungsanalyse der Medienlandschaft

Um die Wirksamkeit der Neustrukturierung der Medien und der Medienförderung überprüfen und gegebenenfalls korrigieren zu können, wird in regelmäßigen Abständen eine Erhebung der Umwelt-/Sozialauswirkungen der Medienlandschaft bei einer von Politik und Medien unabhängigen Institution in Auftrag gegeben. Die Methodik muss explizit dargestellt werden, damit bei dem erwünschten Wechsel der Auftragnehmer:innen Vergleiche über die Zeit möglich werden.

Ziel der Erhebung ist, die Wirkung verschiedener Medien bzw. Medientypen auf die Demokratiefähigkeit der Öffentlichkeit, das Verständnis der Öffentlichkeit in Hinblick auf politische Agenden und diesbezüglicher Veränderungen über die Zeit zu erfassen.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(*Universität für angewandte Kunst*) &
Helga Kromp-Kolb (*Universität für
Bodenkultur Wien*)

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Erstellung eines Rahmenprogramms für eine solche Erhebung durch ein Team aus Wissenschaftler:innen (Medienwissenschaften, Politikwissenschaften, Psychologie, Soziologie etc.), Vertreter:innen unterschiedlicher Arten von Medien, Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Umwelt- und Sozial-NGOs
- Erste Beauftragung eines geeigneten Konsortiums – wenn möglich eines mit bisheriger einschlägiger Arbeit, um den Einfluss der neuen Förderstruktur (vgl. Bausteine 8.01 und 8.02) erkennen zu können
- Festschreibung der periodischen Wiederholung der Erhebung an geeigneter Stelle, z. B. im Mediengesetz

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog

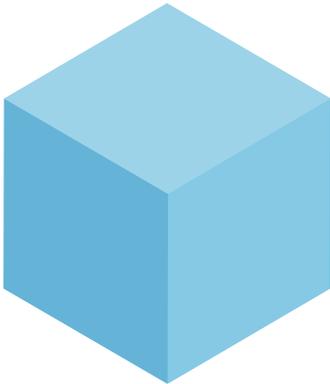


Wissenschaftlicher Hintergrund

Bleyer-Simon, K., Brogi, E., Carlini, R., Borges, D. D. C. L., Nenadic, I., Palmer, M., ...
Žuffová, M. (2023). Media Pluralism in the Digital Era: Application of the Media Pluralism
Monitor In the European Union, Albania, Montenegro, the Republic of North Macedonia,
Serbia and Turkey in the year 2022. <https://cadmus.eui.eu/handle/1814/75753>

8.05

Demokratie und Governance



Politik zugänglich machen

Dieser Baustein beschreibt kein ausgereiftes Verfahren zur Kompensation einer Schwäche unserer gelebten Demokratie. Er soll, durch Infragestellung einer scheinbaren Selbstverständlichkeit; vor allem zum Nachdenken und Diskutieren einladen, wie auch die Umsetzungsschritte zeigen.

Politiker:innen gestalten unsere Zukunft, aber es gibt kein verlässliches Verfahren, den geeignetsten Personen, so sie daran Interesse haben, den Weg in die Politik zu ermöglichen. Die gelebten Verfahren erweisen sich in der Praxis als unzureichend; sie stehen in der Regel nur jenen Menschen offen, die Zeit und andere Ressourcen über Jahre hinweg einbringen können, und für das Vordringen in die oberen Entscheidungsebenen ist oft nicht die Kompetenz allein ausschlaggebend.

Historisch und in anderen Kulturen wurden bereits verschiedene Verfahren eingesetzt, die das Problem bis zu einem gewissen Grad entschärfen. Etwa könnte ein Mix aus Bewerbungs- und Losverfahren (vgl. „Demarchie“), kombiniert mit der entsprechenden finanziellen Vorsorge für die erfolgreichen Kandidaten, einen bestimmten Anteil der Abgeordneten im Nationalrat und in den Landtagen auf Zeit bestimmen.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(*Universität für angewandte Kunst*) &
Helga Kromp-Kolb (*Universität für
Bodenkultur Wien*)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Option [16_16](#)
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund und Länder

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Einleitung eines Diskussionsprozesses und eines Ideenwettbewerbes: Es soll ein staatlich geförderter, breiter und transparenter Diskurs eingeleitet werden – ausgehend von einer öffentlich ausgeschriebenen Ideensammlung – wie man sicherstellen kann, dass geeignete Personen, unabhängig von ihrer sozialen, beruflichen und sonstigen Situation, die Möglichkeit erhalten, dem Land als Politiker:innen zu dienen.
- Durchführung einer Volksabstimmung zur Umsetzung der resultierenden Vorschläge und entsprechender Änderung der Wahlordnungen: Die Änderung wäre von tiefgreifender Bedeutung und sollte von allen gemeinsam beschlossen werden. Zugleich würde dieses Vorgehen die Bekanntheit der Möglichkeiten, selbst als Nationalrats- bzw. Landtagsabgeordnete:r tätig zu sein, wesentlich steigern.

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



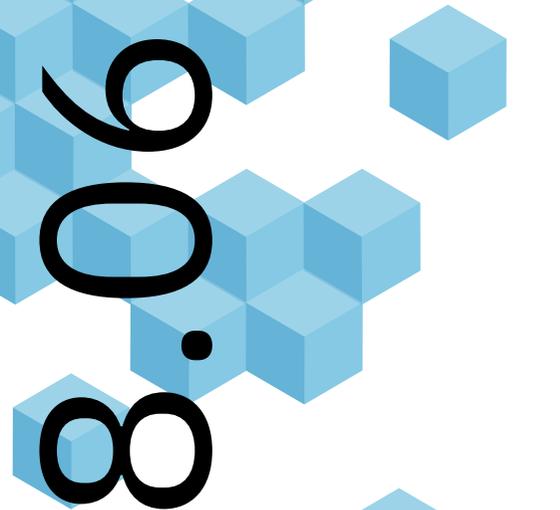
Weiterführende Literatur:

Burnheim, J. (1987). Über Demokratie. Alternativen zum Parlamentarismus.

Manin, B. (2007). Kritik der repräsentativen Demokratie.

Van Reybrouck, D. (2013). Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist.

Sintomer, Y. (2016). Das demokratische Experiment – Geschichte des Losverfahrens in der Politik von Athen bis heute.



8.06

Demokratie und Governance

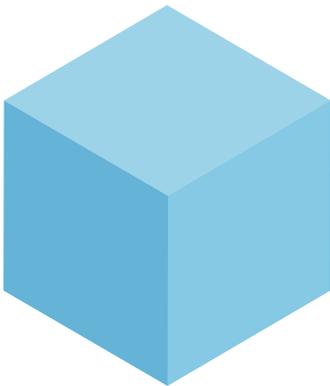


Abbildung der österreichischen Bevölkerungsstruktur in Parlament und Landtagen

Über das nicht repräsentative Geschlechterverhältnis im österreichischen Parlament und den Landtagen wird schon lange diskutiert. Das ist jedoch nicht die einzige Schwäche. 31% der österreichischen Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt. Dennoch ist diese Altersgruppe im österreichischen Parlament derzeit mit weniger als 1% der Abgeordneten vertreten. Ähnlich haben nur knapp 9% der Parlamentarier:innen eine Migrationsbiographie, während 26% der österreichischen Bevölkerung dieser Personengruppe angehören. Die Situation in den Landtagen und im Wiener Gemeinderat ist ähnlich.

Ein wesentlicher Teil der Gesetzgebung, insbesondere die Gesetzgebung in Bezug auf nachhaltige und klimaverträgliche Entwicklung, betrifft die Zukunft der jungen Menschen. Ähnlich spielt bei sozialen, Kultur- und Bildungsfragen der kulturelle Hintergrund eine wichtige Rolle, dem nur dann in der Gesetzgebung in gebührendem Maß Rechnung getragen werden wird, wenn die diversen Gruppen in den Volksvertretungen angemessen repräsentiert sind.

Eine gesetzliche Vorgabe, wie Wahllisten der Parteien gestaltet sein müssen, um die Diversität der österreichischen Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen, kann Abhilfe schaffen. Nach dem Muster anderer Quotenregelungen sollen solche zur Förderung junger Abgeordneter und der Diversität in den Volksvertretungen entwickelt und umgesetzt werden.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(Universität für angewandte Kunst) &
Helga Kromp-Kolb (Universität für
Bodenkultur Wien)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Option 16_16
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund, Länder und Gemeinden

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Erarbeitung einer Quotenregelung zur Sicherung eines Mindestanteils junger Abgeordneter im Parlament, in den Landtagen und soweit möglich in den Gemeinderäten
- Erarbeitung einer Quotenregelung zur Sicherung einer angemessenen Spiegelung der Diversität der österreichischen Bevölkerung im Parlament, in den Landtagen und in den Gemeinderäten

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



Weiterführende Literatur:

Dežela, T. (2023). Young people's participation in European democratic processes. Retrieved from [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/745820/IPOL_STU\(2023\)745820_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/745820/IPOL_STU(2023)745820_EN.pdf)

Foa, R.S., Klassen, A., Wenger, D., Rand, A. and M. Slade (2020). Youth and Satisfaction with Democracy: Reversing the Democratic Disconnect?

Börsch-Suppan, J., Spang, E., Schuber, L. (2022). Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Eine Befragung im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland.

Übelhack, H. (2019). Demokratie der Alten? Partizipation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands. (IPW Selected Student Paper, 69, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen)

Verstärkung des wissenschaftlichen Diensts im Parlament und den Landtagen

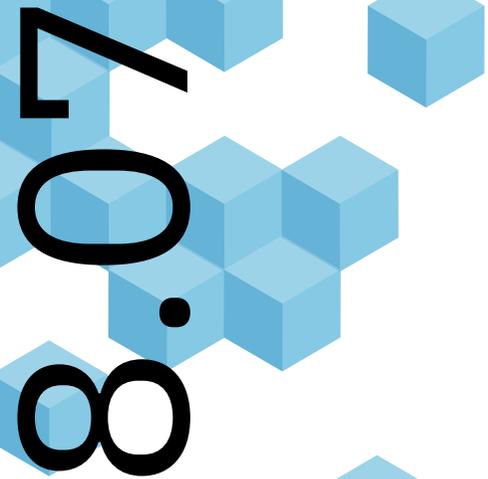
Die Materien, mit denen sich Parlamente befassen, sind teilweise hochkomplex und nicht nur mit Hausverstand lösbar. Wissenschaftliche Erkenntnisse können zwar nicht „die optimale Lösung“ liefern, weil diese jeweils von Werthaltungen und Interessen beeinflusst ist, sehr wohl aber können sie gute Entscheidungsgrundlagen sein und dabei helfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden. In vielen Staaten werden den Parlamenten deshalb unabhängige wissenschaftliche Beiräte oder Dienste beigestellt, wie etwa der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen in Deutschland oder der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments. Diese Quellen wissenschaftlicher Information sind mit den notwendigen personellen und infrastrukturellen Ressourcen ausgestattet und stehen allen Abgeordneten gleichermaßen zur Verfügung. Häufig sind deren Erkenntnisse auch der Öffentlichkeit in Form von Berichten zugänglich. Das österreichische Parlament hat ebenfalls einen wissenschaftlichen Dienst, doch ist dieser gemessen an den vom Parlament behandelten Themen in seiner Wissensbasis viel zu eingeschränkt.

Ein ausreichend ausgestatteter wissenschaftlicher Dienst hätte die Aufgabe, alle wesentlichen nationalen und internationalen Diskurse zu verfolgen und neue Erkenntnisse, sowohl von sich aus als auch auf Anfrage der Abgeordneten, in bedarfsorientierter Form bereitzustellen. Darüber hinaus hätte er in Absprache mit der Parlamentsdirektion zu verschiedenen Schlüsselthemen Dialogveranstaltungen mit Abgeordneten, Expert:innen und der Öffentlichkeit zu organisieren.

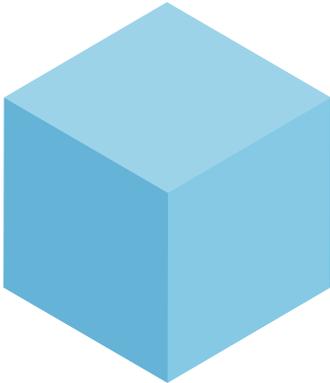
Die Themenbreite in Österreich ist nicht geringer als in großen Staaten, ein vergleichbar ausgestatteter wissenschaftlicher Dienst im Parlament wäre aber vermutlich überdimensioniert. In der Querschnittsmaterie nachhaltige Entwicklung, einschließlich Klimawandel und Biodiversitätsverlust, könnte die Kompetenz der österreichischen Universitäten und themenspezifischer Netzwerke (z.B. Climate Change Centre Austria, Allianz nachhaltige Universitäten in Österreich, Biodiversitätshub) dem Parlament mit deutlich geringerem Aufwand als Teil des wissenschaftlichen Dienstes zugänglich gemacht werden.

Maßnahmen

- Personelle Aufstockung und Umgestaltung des wissenschaftlichen Dienstes des Parlaments zu einer Ansprech- und Vermittlungsstelle
- Analyse inwieweit diese Stelle zugleich auch die Landtage bedienen könnte.
- Vereinbarung mit Österreichs Universitäten und wissenschaftlichen Netzwerken zur Bereitstellung von Expertise im Bedarfsfall. (Kurzinformationen bis zu einem jährlichen Höchstmaß könnten über eine Pauschale abgerechnet werden, für aufwändigere Beratung wären die Kosten nach vorgegebenen Sätzen abzugelten.)
- Einrichtung eines hochschul- und themenübergreifenden Monitoringsystems internationaler und nationaler Entwicklungen mit Relevanz für die Legislative Österreichs



Demokratie und Governance



erstellt von **Bernhard Kernegger**
(Universität für angewandte Kunst) &
Helga Kromp-Kolb (Universität für
Bodenkultur Wien)

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund (evtl. auch Länder)

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



Weiterführende Literatur:

Seidel, K., Verbeek, H., Fessel, S., Meer, F. (2021): Nutzen von wissenschaftlicher Evidenz – Erwartungen an wissenschaftliche Expertise. Bericht über eine Bundestagsbefragung im Rahmen der Leopoldina-Evidenzinitiative unter Leitung von Regina T. Riphahn und Monika Schnitzer. Retrieved from https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Diskussionen/2021_Diskussionspapier_Wissenschaftliche_Evidenz_Web.pdf

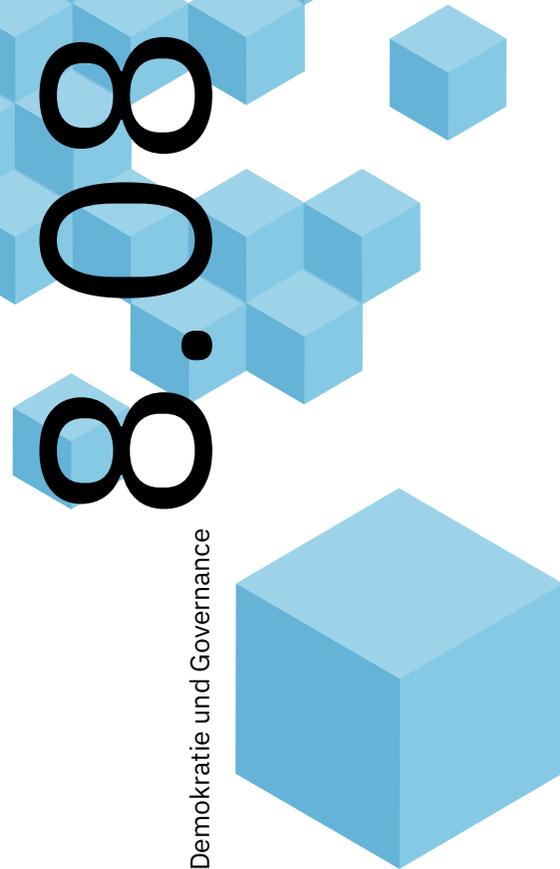
Weiterführende Quellen:

Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments:
<https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/stay-informed/research-and-analysis>

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Parlaments:
https://www.bundestag.de/parlament/verwaltung/ua_wd/

Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftliche Dienst (RLW) der Parlamentsdirektion, Österreich:

<https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/>



Laufende Weiterbildung als professionelle Selbstverständlichkeit

Neue Erkenntnisse und Technologien entstehen mit ungeheurer Geschwindigkeit. Es ist für den:die Einzelne:n, auch Universitätsangehörige, nicht mehr möglich, alle für die eigenen Entscheidungen und Tätigkeiten relevanten Entwicklungen im Blick zu halten. Zudem ändern sich die beruflichen Anforderungen immer schneller, sodass nicht jede:r für alle Anforderungen des jeweils aktuellen Berufs ausgebildet ist. Das gilt insbesondere auch für politische Mandatar:innen und Mitarbeiter:innen der Verwaltung, ebenso wie für alle Akademiker:innen, von denen viele in Positionen sind, in denen erwartet wird, dass sie über aktuelles, relevantes Wissen verfügen und dieses auch weitergeben.

Ein verpflichtender jährlicher Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen, insbesondere im Kontext nachhaltiger Entwicklung für alle Mandatar:innen, Verwaltungsbeamt:innen und berufstätigen Akademiker:innen, ist daher vorzusehen.

Dies kann als spezieller Aspekt des lebenslangen Lernens für eine Gesellschaftsgruppe betrachtet werden, bei der dieses Lernen besonders relevant erscheint.

Als inhaltliche Basis wird ein bundesweiter Weiterbildungs-Katalog erstellt, der sich an relevanten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen orientiert. Daraus können spezifische Weiterbildungsangebote für die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder und Bedarfe abgeleitet werden. Für die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung des Katalogs wird ein Beirat aus unabhängigen Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen der verschiedenen Berufsgruppen eingerichtet.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(Universität für angewandte Kunst) &
Helga Kromp-Kolb (Universität für
Bodenkultur Wien)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Optionen [04_15](#), [04_17](#),
[16_15](#), [16_18](#)
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund (evtl. auch Länder)

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Verpflichtende, kostenlose Weiterbildung für alle Mandatar:innen, Verwaltungsbeamt:innen und beruflich tätige Akademiker:innen gesetzlich verankern.
- Sichtung vorhandener Angebote und Etablieren attraktiver, zeitgemäßer und jeweils aktueller Weiterbildungsangebote durch unabhängige Wissenschaftler:innen in Zusammenarbeit mit Vertreter:innen verschiedener Berufsgruppen.
- Öffnen dieser Weiterbildungsangebote für die Allgemeinheit. Das Zertifikat kann der beruflichen Karriere förderlich sein.

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



Weiterführende Literatur:

Holzer, Daniela (2017): Weiterbildungswiderstand. Eine kritische Theorie der Verweigerung. Bielefeldt: transcript.

Scheerens, J. (2010). Teacher's Professional Development: Europe in international comparison. Luxemburg.

UNESCO Institute for Lifelong Learning (2022): Making lifelong learning a reality: a handbook. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2000):

World Education Report. The right to education: towards education for all throughout life. URL: https://www.right-to-education.org/sites/right-to-education.org/files/resource-attachments/UNESCO_World_Education_Report_The_RTE_Towards_Education_For_All_Throughout_Life_2000_En.pdf (Letzter Zugriff am 28. März 2024).